

Asseburg, Muriel; Werenfels, Isabelle

Research Report

Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme - unterschiedliche Rahmenbedingungen

SWP-Aktuell, No. 4/2011

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Asseburg, Muriel; Werenfels, Isabelle (2011) : Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein? Vergleichbare Probleme - unterschiedliche Rahmenbedingungen, SWP-Aktuell, No. 4/2011, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254966>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tunesien: Einzelfall oder erster Dominostein?

Vergleichbare Probleme – unterschiedliche Rahmenbedingungen

Muriel Asseburg / Isabelle Werenfels

Nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten und angesichts der Unruhen in Ägypten stellt sich die Frage weiterer Dominoeffekte. Perspektivlosigkeit der Jugend, soziale Ungerechtigkeit und politische Repression – Ursachen der Proteste in Tunesien – sind Probleme in nahezu allen arabischen Staaten. Und Demonstrationen gegen die Regime haben sich von Algier bis Sanaa verstärkt. Dennoch dürfte sich das tunesische Szenario so nicht wiederholen: zu verschieden sind die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Viel wird davon abhängen, ob Tunesien sich erfolgreich transformiert und wie sich die Situation in Ägypten entwickelt. Bereits jetzt haben die Entwicklungen gelehrt: Stabilität kann trügerisch sein, und Diktatoren garantieren keine nachhaltige Stabilität. Die EU sollte ihre wohlwollende Politik gegenüber den autoritären Herrschern im Mittelmeerraum überdenken.

Dass Tunesien als erstes arabisches Land den Sturz eines Diktators durch das Volk erlebt hat, lässt sich mit sozioökonomischen Indikatoren allein nicht erklären. Entscheidend war das Zusammenwirken politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktoren. Erstens haben die wachsenden sozioökonomischen Probleme die Achillesferse des Regimes getroffen. Ben Ali konnte seine Herrschaft lange über den vergleichsweise hohen Lebensstandard der tunesischen Bevölkerung legitimieren. Doch seine Strategie, politische Freiheiten durch relativen wirtschaftlichen Wohlstand zu ersetzen, ging immer weniger auf. Dabei haben neben der hohen Arbeitslosigkeit

auch unter jungen Akademikern die wachsende soziale Ungleichheit sowie zunehmend »mafiose« Praktiken der herrschenden Familie eine wichtige Rolle gespielt. Die Tunesier sahen sich von den WikiLeaks-Berichten insoweit bestätigt.

Zweitens gab es in Tunesien kaum politische Ventile. Die Presse gehörte zu den unfreiesten der Welt, Polizei und Geheimdienst unterbanden sämtliche Aktivitäten und Versammlungen mit regimekritischem Anstrich – legale Organisationen wie die Menschenrechtsliga nicht ausgenommen. Daher konnte wenig überraschen, dass die Demonstranten, denen es anfangs um Jobs und die Verbesserung ihrer wirtschaft-

lichen Lage ging, verstärkt nach Freiheit riefen. Erst am vorletzten Tag seiner Herrschaft ließ Ben Ali sich zu politischen Konzessionen bewegen – zu spät.

Drittens ist Ben Ali zum Verhängnis geworden, dass sich die politische und ökonomische Macht bei ihm und seiner Familie konzentrierte. Darum gelang es ihm nicht, die Verantwortung für soziale Ungerechtigkeit, Korruption oder die Brutalität der Sicherheitskräfte anderen zuzuschreiben. Im Laufe der Proteste wurde immer deutlicher, dass sich die Lage ohne seinen Rücktritt nicht beruhigen würde. Daraufhin kam es zur Spaltung der Machtelite: Schlüsselfiguren im Regime setzten sich von Ben Ali ab – ob aus politischer Überzeugung oder Opportunismus bleibt offen. Schlussendlich war es der Chef der Armee, der den Präsidenten zur Abreise bewegte oder gar zwang.

Viertens sind in Tunesien Vertreter aller Segmente der Gesellschaft auf die Straße gegangen – einer Gesellschaft, die ethnisch und konfessionell homogen, modern und gebildet ist. Allein schon die weitgehende Gleichstellung der Frauen sucht Ihresgleichen im arabischen Raum. Hoch ist auch der Grad der Vernetzung und Mobilisierung über elektronische Medien. Entsprechend groß war der kollektive Aufschrei über das brachiale Vorgehen der Sicherheitskräfte. Die erfolgreiche Modernisierung der tunesischen Gesellschaft ist nicht zuletzt eine gute Voraussetzung für den nun angestoßenen Demokratisierungsprozess.

Erste Reaktionen

Die Ereignisse in Tunesien haben die Bevölkerungen von Marokko bis Saudi-Arabien in Unruhe versetzt. Proteste gegen die autoritären Regime haben sich verstärkt, Oppositionelle rufen zur Nachahmung auf, verzweifelte Individuen schreiten zur Selbstverbrennung – eine solche hatte den Stein in Tunesien ins Rollen gebracht. Der Sturz von Zine El Abidine Ben Ali beunruhigt auch die arabischen Eliten. Sie haben nicht nur begonnen, sich für Proteste zu rüsten,

sondern auch Maßnahmen zur Lindering sozioökonomischer Notlagen angekündigt.

Die Sorge der Herrscher, die Solidarisierung der arabischen Bevölkerungen und Nachahmungseffekte gründen auf demselben Bewusstsein: dass die Probleme, die das Fass in Tunesien zum Überlaufen brachten, in den anderen Ländern ebenfalls existieren. Darum bereits das Ende der arabischen Autokratien vorauszusagen ist jedoch verfrüht. Denn die jeweils spezifischen Rahmenbedingungen lassen eine Wiederholung des tunesischen Szenarios in den meisten arabischen Staaten als wenig wahrscheinlich erscheinen.

Gefährdete Republiken?

Fragt man nach möglichen Dominoeffekten, richtet sich der Blick zunächst auf die ohnehin äußerst fragilen Gemeinwesen im Jemen und in den palästinensischen Gebieten. Allerdings könnte auch für die Republiken im südlichen und östlichen Mittelmeerraum zutreffen, was bis vor wenigen Wochen für Tunesien angenommen wurde – nämlich dass Stabilität und Erstarrung verwechselt werden. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich ein paradoxes Phänomen: Strukturen und Dynamiken, die auf den ersten Blick destabilisierend wirken, etwa plurale Machtzentren, fragmentierte Gesellschaften oder eine gut organisierte Opposition, können dem Regime in die Hände spielen und dessen Lebensdauer verlängern.

In **Algerien** gehören Unruhen, zumindest auf lokaler Ebene, schon fast zur Tagesordnung. Im Januar 2011 haben sie sich auf größere Teile des Landes ausgeweitet. Auch wenn diese Unruhen stets wieder abgeflaut sind und ohne politische Konsequenzen blieben, dürften sie in Zukunft verstärkt aufflammen. Dabei spielen ähnliche Faktoren eine Rolle wie in Tunesien: Arbeits- und Perspektivlosigkeit vor allem der Jugendlichen sowie die verbreitete Perzeption, dass sich »mafiose« Elitenclans auf Kosten der Bevölkerung bereichern und – anders

als in Tunesien – der gesamte Staatsapparat die Bürger mit Verachtung behandelt.

Dennoch spricht viel dagegen, dass Algerien demnächst einen Regimewechsel »von unten« erleben wird. Erstens existieren mit dem Präsidenten und einflussreichen Militärs mehrere konkurrierende Machtzentren. Die mangelnde Personalisierung und die Unklarheit darüber, wer gerade welche politischen und wirtschaftlichen Fäden in der Hand hält, macht es leichter, Verantwortung abzuwälzen. Nicht zuletzt würde ein vom Volk forciertes Rücktritt Abdel Aziz Bouteflikas am politischen System nichts Wesentliches ändern.

Zweitens ist die algerische Gesellschaft sehr heterogen, so gibt es etwa starke regionale Solidaritäten sowie Spannungen zwischen kabyllischen Berbern und der arabischen Mehrheit. Die gesellschaftliche Fragmentierung spiegelt sich in der politischen Landschaft und wird von den Machthabern gefördert, indem sie regimekritische Akteure geschickt gegeneinander ausspielen. Entsprechend gespalten und handlungsunfähig ist die Opposition – das gilt selbst für die vor zwei Jahrzehnten so starken Islamisten. Eine politische Kraft, die Proteste kanalisieren könnte, existiert nicht.

Drittens haben die autoritären Machthaber eine Reihe von Ventilen geschaffen: Oppositionsparteien sitzen im Parlament; die Presse wird an einer recht langen Leine gehalten; die Sicherheitskräfte halten sich bei Protesten zurück.

Viertens ist Algerien reich an Erdöl und Erdgas, ein Staat mit hohen Devisenreserven und niedriger Auslandsverschuldung. Die Erdölrente hat nicht nur die Herausbildung klientelistischer, regimestabilisierender Strukturen begünstigt. Sie erlaubt es der Regierung bei Revolten auch, schnell den Geldhahn aufzudrehen (wie jüngst zur Subventionierung von Zucker und Speiseöl), um soziale Brandherde zu löschen.

Schließlich lässt sich die algerische Gesellschaft nicht so leicht und so breit für einen Aufstand mobilisieren wie die tunesische. Das liegt neben ihrer Fragmentierung auch an der für viele Algerier trau-

matischen Erfahrung eines Bürgerkriegs, der nur zehn Jahre zurückliegt.

Ben Alis Sturz dürfte mittelfristig in Algerien dennoch positive Effekte zeitigen: Die Machthaber vor und hinter den Kulissen werden die seit einigen Jahren forcierte Einengung politischer Spielräume überdenken und sich spätestens mit Blick auf die Präsidentenwahlen 2014 bzw. die Nachfolge Bouteflikas überlegen müssen, ob sie einen wenig populären Kandidaten durchsetzen oder aber eine Person zulassen, die über eine gewisse Legitimation in der Bevölkerung verfügt.

Kein arabischer Herrscher hat sich so deutlich zu den Ereignissen in Tunesien geäußert wie **Libyens** Führer Mu'ammara al Qaddafi, der das tunesische Volk verurteilte und Ben Ali verteidigte. Dabei dürfte die Sorge über die Unruhen im eigenen Land entscheidend gewesen sein. Diese entzündeten sich Anfang Januar 2011 am Wohnungsmangel und waren in ihrer Dimension und Dauer bemerkenswert.

Auf den ersten Blick hat Libyen einige frappierende Ähnlichkeiten mit Tunesien. Auch in Libyen konzentriert sich die politische Macht bei einer Person, Mu'ammara al-Qaddafi, und die wirtschaftliche Macht bei seiner Familie – auch hierzu fanden sich bei WikiLeaks wenig schmeichelhafte Berichte. Wie Tunesien unter Ben Ali gehört Libyen unter Qaddafi zu den unfreiesten Staaten der Welt. Das sogenannte »basisdemokratische« System erlaubt weder Parteien noch politische Aktivitäten außerhalb des streng kontrollierten Prozesses. Die Opposition, stärkste Strömung sind die Muslimbrüder, hat keine Chance, sich im Land zu organisieren. Und auch in Libyen greifen Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Perspektivlosigkeit um sich.

In zweierlei Hinsicht aber unterscheidet sich Libyen grundlegend von Tunesien: Erstens ist Libyen ein erdöl- und erdgasreicher Staat mit einer kleinen Bevölkerung. Daher kann das Regime schnell exorbitante Summen zur Abfederung von Missständen einsetzen. Die Erdölrente erlaubt es Qaddafi überdies, die Loyalität

der Stammeseliten zu kaufen. Zweitens ist die libysche Gesellschaft nicht nur deutlich weniger gebildet, ihre Mitglieder definieren sich auch in erster Linie über Stammeszugehörigkeit. Insofern ist die Gesellschaft vertikal und stark hierarchisch organisiert, was die Erhebung breiter Massen eher unwahrscheinlich macht. Kleinere Rebellionen einzelner Stämme gegen Qaddafi hat es immer wieder gegeben, und sie sind auch in Zukunft nicht ausgeschlossen. Dabei geht es aber im Wesentlichen um Macht- und Verteilungskämpfe unter Stammeseliten, nicht um eine Veränderung der politischen Ordnung.

Auswirkungen dürften die tunesischen Ereignisse deshalb vor allem innerhalb der Eliten haben. Kurzfristig scheinen die Hardliner zu profitieren. Denkbar ist dennoch, dass der als Reformler bekannte Qaddafi-Sohn Saif al Islam wieder Aufwind bekommt: Denn bislang war er es, der vorgeschickt wurde, um aufgebrachte Gemüter zu beruhigen, seien es vernachlässigte Stämme oder unterdrückte Islamisten.

Ägypten hat zwei Wochen nach dem Umbruch in Tunesien die größten Unruhen in der Mubarak-Ära erlebt. Dabei sind Proteste dort – trotz massiver Polizeigewalt – keineswegs neu oder selten: Seit langem kommt es immer wieder zu Brotunruhen. In den letzten Jahren haben zunehmend politischere Formen des Protestes Raum gegriffen: Mitte des Jahrzehnts bildete sich in Kairo die relativ elitäre Sammlungsbewegung »Kifaya!« (arabisch für »genug!«) heraus. Überwiegend in der Peripherie formierten sich Berufsverbände und Arbeiterzusammenschlüsse, die gegen die Auswirkungen der Wirtschaftsreformen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen protestierten. Vor allem aber haben Jugendliche begonnen, über die neuen Kommunikationsmedien Internet und Twitter ihrem Unmut Luft zu machen und zu mobilisieren.

Die aktuellen Proteste greifen auf, wie das Regime in großen Teilen der Bevölkerung gesehen wird: als sklerotisch, korrupt, entscheidungsunfähig und im Wesentlichen auf Selbstbereicherung und Wah-

lung der Macht der Präsidentenfamilie ausgerichtet. Auch wenn ein Teil der Wirtschafts- und Unternehmerelite hinter dem vor allem vom Präsidentensohn Gamal verfolgten wirtschaftlichen Reformkurs steht und sich das Regime als Beschützer der Kopten geriert, gelingt es dem Mubarak-Clan immer weniger, Legitimität durch Performanz zu erlangen.

Gleichzeitig fehlen der Herrschaftselite in Ägypten die Ressourcen, die notwendig sind, um Loyalität im großen Stil zu erkaufen. Daher hat es einerseits seinen Repressionsapparat eingesetzt, um die Herausbildung politischer Gegenmacht zu verhindern. Dabei war bislang das Schreckgespenst einer islamistischen Machtübernahme im bevölkerungsreichsten arabischen Land und einem der Nachbarstaaten Israels als Rechtfertigung nach außen dienlich.

Andererseits hat das Regime ein gewisses Maß an Meinungsfreiheit zugelassen. So existieren heute eine vergleichsweise große Presse- und Meinungsfreiheit und eine Vielzahl gesellschaftlicher Organisationen. Allerdings wurde nach den Parlamentswahlen 2005 die politische Teilhabe schrittweise eingeschränkt. Dabei markierten die Parlamentswahlen vom November 2010 einen vorläufigen Tiefpunkt. Infolge massiver Manipulation und offenen Wahlbetrugs ist das Parlament nahezu ohne Opposition. Damit entfiel auch ein wichtiges Forum für systemimmanenten Protest.

Ägypten ist insofern einer der Staaten, in dem das tunesische Vorbild besonders starke Nachahmungseffekte zeitigt. Auch hier sind es weder die Islamisten noch das Ausland, die hinter dem Aufstand stehen. Das Regime ist massiv unter Druck geraten. Wie zu erwarten, reagiert die Führung – im Vorfeld des im Herbst anstehenden Referendums über die Präsidentschaft – mit Massenverhaftungen und blutiger Repression. Doch sie wird um Zugeständnisse nicht herumkommen, die über die kosmetischen Maßnahmen hinausgehen, welche der Präsident Ende Januar angekündigt hat. Insbesondere ist eine dynastische Nachfolge

äußerst unwahrscheinlich geworden, da sie nicht nur von weiten Kreisen der Bevölkerung abgelehnt wird. Gamal Mubarak mangelt es auch an Unterstützung in der Armee.

Auch in **Syrien** gibt es eine weitverbreitete Perzeption, dass im Umkreis der Herrscherfamilie massive Selbstbereicherung stattfindet und Politik und Ökonomie von Vetternwirtschaft geprägt sind. Der vorsichtige Umbau der Wirtschaft und der Abbau des Staatssektors ließen die soziale Schere in den letzten Jahren auseinanderklaffen. Trotz beachtlicher Wachstumsraten hat die Armut deutlich zugenommen. Unfreiwillige Binnenmigration infolge von Dürre hat die soziale Lage weiter verschärft.

Dies hat in Syrien bislang allerdings nicht zu nennenswerten Protesten geführt – vor allem weil es dort keine Demonstrationen gibt, die nicht vom Regime organisiert werden. Eine Ausnahme bilden immer wieder aufflammende Proteste in den entwicklungspolitisch vernachlässigten Kurdenregionen im Nordosten des Landes, die stets blutig niedergeschlagen werden. Neben Tunesien und Libyen gilt Syrien denn auch als einer der repressivsten Staaten in der Region. Dabei hat unter Bashar al-Asad, der seit einem Jahrzehnt regiert, durchaus eine gewisse politische Öffnung stattgefunden – so ist die Pressefreiheit etwas größer geworden, es werden NGOs in Bereichen zugelassen, die als unpolitisch gelten, und die Furcht vor dem Geheimdienst hat abgenommen. Dennoch bleibt der politische Raum eng begrenzt. Nach wie vor gibt es keine kompetitiven Wahlen, Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit, verschwinden Oppositionelle regelmäßig im Gefängnis, ist die potentiell stärkste Oppositionskraft der Muslimbrüder verboten. Somit gibt es kaum Ventile, durch die sich Frustration Luft machen oder Foren, in denen sich Opposition organisieren könnte.

Doch es ist nicht nur die Repression, die die Syrer vom Aufstand abhält. Entscheidend scheint vielmehr die Angst zu sein, dass ein Sturz des Regimes schnell in einen Bürgerkrieg münden könnte. Denn die

Gesellschaft ist ethnisch und konfessionell stark fragmentiert. Ein Umsturz würde Racheakte an der konfessionellen Minderheit der Alawiten und den Christen auslösen, die als Stützen des Regimes gesehen werden. Dabei haben die Syrer auch das abschreckende Beispiel ihrer beiden Nachbarn Irak und Libanon vor Augen. Sie rechnen zudem damit, dass das Regime Unruhen brutal unterdrücken würde, selbst wenn es dabei zu einer großen Zahl von Opfern käme. Dies legt zumindest die Gewalterfahrung von 1982 nahe, als in Hama Zehntausende massakriert wurden, um einen Aufstand niederzuschlagen.

Nicht zuletzt genießt aber auch der Weg, den das Regime eingeschlagen hat, eine gewisse Popularität und verleiht ihm in tragenden Teilen der Gesellschaft Legitimität. So haben die Unternehmerelite und die obere Mittelschicht von den Wirtschaftsreformen der letzten Jahre profitiert und ein Interesse daran, dass sie fortgesetzt werden. Vor allem aber kann der Präsident auf eine Außenpolitik verweisen, die von der Bevölkerung überwiegend als erfolgreich bewertet wird.

Trotz dieser für das Regime relativ bequemen Ausgangslage zeichnen sich zwei konkrete Rückwirkungen der Ereignisse in Tunesien ab. Erstens hat die Regierung angekündigt, Heizölsubventionen wieder zu erhöhen und eine Art Sozialhilfe für benachteiligte Familien einzuführen. Zweitens dürfte sich der populistische, antiwestliche Duktus in der außenpolitischen Rhetorik noch verstärken – denn die syrische Führung hat die pro-westliche Ausrichtung Tunesiens als entscheidenden Faktor der dortigen Instabilität identifiziert.

Stabile Monarchien?

Die Monarchien in der Region gelten im Vergleich mit den Republiken grundsätzlich als stabiler. Das liegt einerseits daran, dass in den Monarchien die Legitimität des Hauptentscheidungsträgers dynastisch und in Jordanien und Marokko auch religiös verankert ist. Andererseits ist es den

Monarchen ein leichtes, Kritik und Unzufriedenheit in der Bevölkerung durch Auswechseln der Regierung aufzufangen. Dabei stellt sich die Situation in den jeweiligen Monarchien jedoch unterschiedlich dar.

Marokko gehört zu den Staaten, in denen die Ereignisse in Tunesien bislang keine nennenswerten Proteste nach sich zogen. Das mag erstaunen, denn die Kluft zwischen Arm und Reich ist nirgends im Maghreb so groß und die Jugendlichen haben noch weniger Perspektiven als in Tunesien. Arbeitslose Akademiker campieren seit rund zehn Jahren vor dem Parlament in Rabat – wo sie immerhin protestieren dürfen, was ihnen in Tunesien verwehrt war.

Sieht man von wirtschaftlichen Parallelen ab – so sind beide Länder reformorientiert und ressourcenarm und haben Schwierigkeiten, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben –, sind die strukturellen Unterschiede groß. Erstens ist in Marokko ein relativ junger Monarch am Ruder, der in Politik und Verwaltung einen Generationenwechsel eingeleitet hat. Mohammed VI. hat sich in seiner zwölfjährigen Herrschaft den Ruf eines Reformers erworben. Er ließ die Frauenrechte stärken, das autoritäre Regime seines Vaters historisch aufarbeiten und initiierte ein gigantisches Entwicklungsprojekt. Umfragen zweier Zeitungen im Jahr 2009, deren Publikation der Palast verhinderte, zeigten, dass über 90 Prozent das Wirken des Königs positiv beurteilten. An dessen immensem Reichtum stießen sich nur 17 Prozent der Befragten. Viele Marokkaner halten den König, der gemäß Verfassung nahezu absolute Macht hat und Führer der Gläubigen ist, für »heilig«.

Die Ergebnisse der Umfrage verweisen auf einen zweiten strukturellen Unterschied zu Tunesien, der eine breite gesellschaftliche Mobilisierung unwahrscheinlich macht: Die marokkanische Gesellschaft ist in weiten Teilen traditionell orientiert und in vertikalen (Patronage-) Netzwerken strukturiert. Das Stadt-Land-Gefälle ist enorm, der Analphabetismus noch immer

hoch (bei Frauen liegt er bei über 50 Prozent) und die Mittelschicht schmäler als in Tunesien.

Ein dritter, das Regime stabilisierender Faktor sind die im maghrebischen Vergleich beachtlichen Freiheiten von Königs Gnaden. Marokko ist einer der wenigen Staaten der Region, in dem es mehr als nur Ansätze einer Zivilgesellschaft gibt. Zumindest ein Teil der islamistischen Opposition ist ins System eingebunden, die nicht legalisierte islamistische Vereinigung »Gerechtigkeit und Wohltätigkeit« lässt der Palast weithin gewähren. Allerdings haben sich die Spielräume, etwa der Presse, in jüngerer Zeit verengt und die Menschenrechtssituation hat sich verschlechtert.

Am stärksten unter Repression leiden die Bewohner der Westsahara. Sie können bei Aufständen wie im Winter 2010/2011 nicht mit Solidarität in der Gesellschaft rechnen. Des Königs private Interessen, etwa in der Landwirtschaft, dürften aber immer mehr zum Thema werden. Im Zuge der Ereignisse in Tunesien hat die Regierung denn auch Getreidekäufe angekündigt, um »Brotunruhen« zu verhindern. Darüber hinaus verweisen offizielle Stellen auf die demokratischen Freiheiten, die die Marokkaner genießen. Möglicherweise werden politische Spielräume vorübergehend wieder ausgeweitet und im Extremfall die Macht des Königs etwas beschnitten. Mehr ist zumindest mittelfristig nicht zu erwarten.

In Reaktion auf die tunesische Revolte haben Demonstrationen in **Jordanien** deutlich an Fahrt gewonnen. Dort gibt es seit Jahren immer wieder Proteste und Brotunruhen, bis hin zu lokalen Aufständen. Das Regime reagiert in der Regel mit Preissenkungen und dem Einsatz von Gewalt. Doch nicht einmal eine Ausweitung der Proteste dürfte die haschemitische Monarchie ernsthaft gefährden. Zwar verfügt sie nicht über nennenswerte Einkünfte aus Ressourcen, die eine Politik des Verteilens in großem Umfang ermöglichen würden; auch ist das Land insgesamt von einer extrem ungleichen Entwicklung und hoher Armut in den ländlichen Gebieten gekenn-

zeichnet. Aber die Legitimität des relativ jungen Königs wird von keiner gesellschaftlichen oder politischen Kraft bestritten. Dies gilt heute selbst für die Bevölkerungsmehrheit der Jordanier palästinensischer Abstammung. Im transjordanischen Teil der Bevölkerung ist die Bindungskraft der vertikalen Stammesstrukturen zudem besonders stark. Deren Vertreter sind vor allem im Sicherheitsapparat, in der Kernelite um den König und im Parlament deutlich überrepräsentiert. Aufgrund der engen persönlichen Beziehungen des Monarchen zu den Stammesführern ist auch ein Abtrünnigwerden des Sicherheitsapparats unwahrscheinlich.

In den letzten Monaten lässt sich eine Zunahme politischer Gewalt beobachten – sowohl zwischen Vertretern verschiedener Stämme als auch zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Dies mag auch darauf zurückzuführen sein, dass sich Transjordanier zusehends benachteiligt fühlen bzw. ihre Privilegien bedroht sehen.

Zwar ist das Regime in Jordanien weniger repressiv als jene in Syrien oder Tunesien, doch auch dort sind die politischen Freiheiten stark eingeschränkt. Die politische Öffnung der späten 1980er bis frühen 1990er Jahre ist schrittweise zurückgenommen worden. Insbesondere das Parlament ist (abgesehen von seiner Funktion als Patronagemechanismus) weiter entwertet worden. Die manipulierten Wahlen vom November 2010 haben zusammen mit dem Wahlboykott der stärksten Partei, der Islamischen Aktionsfront, die systemkonforme Opposition noch mehr marginalisiert. Dies hat auch jenen Flügel der jordanischen Muslimbrüder gestärkt, dessen Fokus nicht auf politischen Reformen, sondern der außenpolitischen Agenda liegt, konkret dem Kampf gegen die »Normalisierung« der Beziehungen mit Israel. Dieses Thema bindet auch einen Großteil der Energie der organisierten Zivilgesellschaft – und bietet somit ein Ventil für Betätigung, das dem Regime letztlich in die Hände spielt.

Unter dem Eindruck der Entwicklungen in Tunesien hat sich die Regierung bemüht, die Proteste im eigenen Land einmal mehr durch Rücknahme von Subventionskürzungen sowie durch Absprachen mit Gewerkschaften und Berufsverbänden einzuhegen. Ob sie damit Erfolg hat, ist fraglich. Auch wenn der König relativ fest im Sattel sitzt: Der Druck der Straße dürfte auf jeden Fall die Dringlichkeit von Entwicklungsmaßnahmen und politischer Öffnung unterstreichen und die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Monarchen einschränken.

Schlussfolgerungen

Die Beispiele aus dem Mittelmeerraum machen deutlich: Das Ende der arabischen Autokratien steht nicht unmittelbar bevor. Bislang zumindest waren die autoritären Systeme der Region anpassungsfähig genug, um Stabilität weitestgehend aufrechtzuerhalten. Klar ist aber auch: Obwohl die arabischen Volkswirtschaften fast durchweg moderate Wachstumsraten von drei bis fünf Prozent verzeichnen, ist es ihnen nicht gelungen, ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten für die schnell wachsenden Bevölkerungen zu schaffen. Insbesondere junge Menschen sind von Arbeitslosigkeit betroffen – gerade auch die besser Gebildeten, die höhere Erwartungen an ihre Zukunft hegen. Ihnen wurde zudem durch eine striktere Migrationspolitik europäischer Staaten eine alternative Lebensperspektive verbaut.

Viele haben die Hoffnung auf einen Wandel durch den politischen Prozess aufgegeben. Das ist deshalb brisant, weil die Perception vorherrscht, die Aufrechterhaltung der Ordnung diene nicht in erster Linie dem Wohle der Bevölkerungen, sondern der Bereicherung einer korrupten Elite. Diese Wahrnehmung ist in einigen Ländern durch die Enthüllungen von WikiLeaks zur Jahreswende 2010/2011 verstärkt worden.

Dabei sind gerade die Jugendlichen auch in der arabischen Welt heute sehr gut informiert und vernetzt. Dank elektronischer

Medien können sie, trotz Zensur, aktuelle Entwicklungen laufend mitverfolgen, über soziale Netzwerke und Mobiltelefone schnell, kostengünstig und effektiv mobilisieren. Der Diskurs in der arabischen Welt wird mithin nicht mehr zentral gesteuert (wie noch zu Gamal Abdul Nassers Zeiten), sondern viel stärker durch die zum Teil regimekritischen Satellitenkanäle und die von Blogs, Facebook und Twitter erzeugten Effekte der Solidarisierung und Nachahmung arabischer Jugendlicher bestimmt.

Auch in anderen Ländern der Region werden Proteste daher zunehmen – und könnten sich zu Aufständen auswachsen, wenn das Regime in Kairo fällt. Das bedeutet aber nicht, dass die Entwicklungen nach dem tunesischen Muster verlaufen, also dass die Mittelschicht eine entscheidende Rolle als Trägerin des Volksaufstandes spielt und das Regime rasch zusammenbricht. Auch nationale Minderheiten oder die sozioökonomisch Marginalisierten in der Peripherie könnten Umstürzbewegungen anstoßen. Voraussagen lässt sich nicht, wann und unter welchen Umständen psychologische Barrieren fallen und die Bevölkerungen ihre Angst vor der Staatsgewalt ablegt. Und: weitere Umstürze garantieren keineswegs den Übergang zu repräsentativeren, inklusiveren und gerechteren politischen Systemen. Denn nur wenige arabische Gesellschaften bieten dafür relativ gute Voraussetzungen, wie Tunesien.

Die EU hat Unterstützung für einen demokratischen Übergang in Tunesien angekündigt, konkret: Hilfe bei der Justizreform und der Abhaltung demokratischer Wahlen. Sie sollte denn auch die Transformation Tunesiens eng und aktiv begleiten – ohne alte Fehler zu wiederholen. Die Konzentration auf formale Institutionen und Prozesse ist beispielsweise nur dann sinnvoll, wenn umfassende politische Freiheiten gegeben sind, Parteienbildung möglich und Chancengleichheit gewährleistet ist – sich also alle Kräfte inklusive der bislang exilierten moderaten Islamisten der Ennahda einbringen können. Und wenn die Entscheidungsbefugnis tatsächlich beim

gewählten Parlament und einer ihm verantwortlichen Regierung liegt. Gefordert ist daher eine konsequente Konditionierung der Unterstützung für die tunesische Übergangsregierung.

Grundsätzlich sollte die EU die eigene Politik gegenüber der Region kritisch hinterfragen. Dass die enge Kooperation mit Diktatoren wie Ben Ali keine Garantie für nachhaltige Stabilität ist, hat sich nun in aller Deutlichkeit offenbart. Daher empfiehlt sich die Rückbesinnung auf den ursprünglichen Ansatz der Euro-Mediterranen Partnerschaft, langfristige Stabilität durch eine graduelle wirtschaftliche und politische Öffnung anzustreben. Von diesem Ansatz hatten sich die EU-Staaten und ihre Mittelmeerpartner in den letzten Jahren weitgehend abgekehrt, um stattdessen stärker bei der Bekämpfung von Terrorismus und irregulärer Migration zu kooperieren.

Dass Frankreich derzeit seine bisherige Maghreb-Politik in Frage stellt, bietet die Chance, einen erneuten Konsens unter den EU-Mitgliedstaaten über die Ziele europäischer Politik gegenüber der Region herbeizuführen. Primäres Ziel sollte die konsequente Unterstützung politischer und wirtschaftlicher Transformation sein. In diesem Sinne sollten die Europäer eindeutige Signale senden und auf die Einhaltung von Zielvereinbarungen drängen, wenn es darum geht, die Beziehungen zu vertiefen oder finanzielle Unterstützung zu leisten. Davon sollten auch erdöl- und erdgasreiche Staaten wie Libyen nicht ausgenommen werden. Zudem müssen auch in Staaten, die wie Marokko und Jordanien als »good performer« gelten, Fehlentwicklungen klar benannt werden. Entsprechende Signale aus Brüssel werden in den südlichen und östlichen Partnerländern allerdings nur dann ernstgenommen, wenn einzelne Mitgliedstaaten sie nicht unterlaufen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364